

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

11.03.2024

Inhalt

EWN

1 Atommüll-Zwischenlager Lingen: Laufzeit ohne Ende? <i>ndr.de, 07.03.2024</i>	3
2 Streit um Atom-Bauschutt <i>F.A.Z. Rhein-Main-Zeitung, 08.03.2024</i>	5
3 Türkei: Aufstrebende Atomkraft – von Russland abhängig? <i>focus.de, 07.03.2024</i>	6
4 Anwohner für staatliche Verantwortung <i>DIE RHEINPFALZ - Speyerer Rundschau, 09.03.2024</i>	9
5 Die Probleme kommen noch <i>Sollinger Allgemeine, 09.03.2024</i>	10
6 IAEA-Resolution gegen Moskau <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.03.2024</i>	12
7 Fukushima jährt sich <i>Frankfurter Rundschau Deutschlandausgabe, 11.03.2024</i>	13



📄 ndr.de | 07.03.2024 | Reichweite: 16.120.332

👤 Hedwig Ahrens

🔗 WEBLINK

Atommüll-Zwischenlager Lingen: Laufzeit ohne Ende?

Das Zwischenlager in Lingen ist bis 2042 genehmigt. Dann aber wird es noch kein Endlager für den hoch radioaktiven Atommüll geben. Der Standort soll weiter betrieben werden. Wie lange, ist unklar.

Das Atommüll-Zwischenlager in Lingen liegt direkt neben dem stillgelegten Atomkraftwerk Emsland. Das Herzstück des Zwischenlagers ist eine mehrfach gesicherte Halle aus Stahlbeton. Dort stehen derzeit 47 blaue Castorbehälter mit insgesamt rund 900 abgebrannten, aber noch immer hoch radioaktiven Brennstäben. Die sechs Meter hohen Zylinder sind elektronisch überwacht und doppelt gedeckelt. "Der Behälter selbst ist der zentrale Baustein für die Sicherheit," sagt David Knollmann von der Gesellschaft für Zwischenlagerung - kurz BGZ. Sie betreibt die Anlage für den Bund. Laut Knollmann ist die Sicherheit der Castorbehälter für 40 Jahre nachgewiesen und genehmigt. Diese Frist läuft bei den ältesten Behältern in Lingen im Jahr 2042 ab, genauso, wie die Betriebsgenehmigung für das gesamte Zwischenlager.

Bundesbehörde: "Sichere Aufbewahrung auch für zusätzliche Dekaden gewährleistet"

Die Gesellschaft für Zwischenlagerung bereitet deshalb einen längeren Betrieb vor. Ein Forschungsprogramm beschäftigt sich mit den Castorbehältern und untersucht, wie lange die Deckel dicht sind. Ein ande-

res Projekt in Schweden untersucht die Brennelemente. "Da werden Simulationen gemacht, Temperaturkurven werden gefahren und auf der Basis werden Modelle erstellt, um besser beurteilen zu können, wie sich Brennelemente über einen längeren Zeitraum verhalten," erklärt Knollmann. Die BGZ ist der Ansicht, dass die Behälter und auch die Zwischenlager noch für weitere Jahrzehnte sicher sind.

Atomkraftgegner: Zwischenlager in Lingen wird nicht vor 2100 geräumt

Für den Lingener Atomkraftgegner Alexander Vent stimmt die Bezeichnung Zwischenlager schon lange nicht mehr, denn der Betrieb wird nicht in absehbarer Zeit enden. "Wir können nicht damit rechnen, dass dieses Zwischenlager in Lingen vor 2100 geräumt sein wird", kritisiert Vent. Die Lingener müssten wissen, dass die hoch radioaktiven Abfälle die Einwohner noch über Generationen beschäftigen werden. Insgesamt werden in Lingen ab 2027 rund 1.600 hoch radioaktive Brennstäbe gelagert. Die BGZ wird in rund 10 Jahren eine neue Betriebsgenehmigung beantragen - für wie lange sie gelten muss, steht noch nicht fest.



📰 F.A.Z. Rhein-Main-Zeitung | 08.03.2024 | S. 7

📄 Auflage: 48.515 | Reichweite: 257.022

👤 Ralf Euler

Streit um Atom-Bauschutt

Büttelborn Ger icht will bald entscheiden

Ob der Betreiber der Mülldeponie Büttelborn freige-messenen Bauschutt aus dem Rückbau des Atom-kraftwerks Biblis annehmen muss, ist noch nicht ent-schieden. Das Darmstädter Regierungspräsidium hat im Juli 2023 zwar eine entsprechende Anweisung er-teilt, doch die Bürgerinitiative „Büttelborn 21“ hält die Anordnung für nichtig, weil sie nach Aktenstudium ei-ne Ungereimtheit entdeckt hat.

Den Unterlagen zufolge hat der Zentrale Abfallwirt-schaftsverband des Kreises Bergstraße im Jahr 2020 gut 200 Deponien in Deutschland angeschrieben und gefragt, ob dort rund 1700 Tonnen schwach strahlen-der Atommüll abgelagert werden könnten. Der Abfall-wirtschaftsverband hatte damals den Abfallschlüssel 170107 angegeben, der für Gemische aus Beton, Zie-geln, Fliesen und Keramik steht.

In der Anordnung des Darmstädter Regierungspräsi-diums ist jedoch von einem Abfallschlüssel 170101

die Rede und von 2600 Tonnen Beton. Dieser Abfall-schlüssel steht nur für Beton ohne andere Abfallzusät-ze. Da weder die Menge von 2600 Tonnen noch der vom Regierungspräsidium angewandte Abfallschlüs-sel bei den 200 Deponien angefragt worden seien, sei zumindest die Anordnung des Regierungspräsidiums nichtig, sagt der Vorsitzende der Bürgerinitiative, Ar-min Hanus.

Der Vorgang zeige den nachlässigen Umgang des Re-gierungspräsidiums mit dem heiklen Thema. Die Bür-gerinitiative hofft laut Hanus auf den Wechsel an der Spitze des Regierungspräsidiums und auf eine Rück-nahme des Sofortvollzugs. Beim Darmstädter Verwal-tungsgericht liege ein Eilantrag gegen den Sofortvoll-zug und ein Eilantrag der RWE als Betreiberin des AKW Biblis für den Sofortvollzug vor. Das Gericht will wo-möglich noch im März eine Entscheidung zu den bei-den Eilanträgen bekannt geben.



focus.de | 07.03.2024

Burak Ünveren, Gülsen Solaker, Pelin Ünker

WEBLINK

Türkei: Aufstrebende Atommacht – von Russland abhängig?

Russland soll auch das zweite Atomkraftwerk der Türkei bauen. Türkische Energieexperten raten Ankara davon ab, sich von Russland abhängig zu machen. Als Negativ-Beispiel wird Deutschland genannt.

„Die Türkei steigt nun auf in die Liga der Länder, die Atommacht besitzen.“

Mit diesen Worten feierte Präsident Recep Tayyip Erdogan die Inbetriebnahme des ersten Reaktors im ersten Kernkraftwerk der Türkei im April 2023. Die Bauarbeiten im Kernkraftwerk Akkuyu in der südtürkischen Stadt Mersin laufen noch. Künftig soll das Werk etwa zehn Prozent des türkischen Energiebedarfs decken und über zwölf Millionen türkische Verbraucher mit Strom versorgen, so offizielle Angaben. Etwa 20 Milliarden US-Dollar wurden bereits für den Bau investiert.

„Die größte Zusammenarbeit in der Geschichte der türkisch-russischen Beziehungen“ - nach regierungsmittlicher Beschreibung - wird als türkische Erfolgsgeschichte zelebriert. Der erste von insgesamt vier Reaktoren in Akkuyu wurde 2023 kurz vor der Präsidentschaftswahl eröffnet - was viele Beobachtern als Wahlpropaganda sahen.

Das erste Kernkraftwerk der Türkei gehörte ursprünglich zu 100 Prozent dem russischen Staatskonzern Rosatom. Vertraglich wurde festgelegt, dass das Werk auch künftig mehrheitlich Russland gehören muss: „Der Gesamtanteil der russischen Unternehmen und Behörden darf nie weniger als 51 Prozent betragen“, heißt es im Vertrag. Obwohl ursprünglich angekündigt wurde, dass die restlichen 49 Prozent der Aktien an türkische Investoren verkauft werden würden, ist dies bisher nicht geschehen.

Im Vorstand der Akkuyu Nukleer A.S. saß bislang nur ein Türke und dieser hat inzwischen gekündigt. Der Geschäftsmann Cüneyd Zapsu begründete seine Entscheidung damit, dass „seine Forderung nach Zugang zu physischen Meetings sowie Informationen und Dokumenten bezüglich Themen, die die Öffentlichkeit betreffen, nicht erfüllt wurde.“ Im Firmenvorstand sitzt

heute kein türkischer Staatsbürger mehr.

Ein zweites AKW in russischem Besitz

Das NATO-Mitglied Türkei strebt an, energiepolitisch unabhängiger zu werden. Das Land plant schon seit einigen Jahren den Bau eines zweiten Werks in der nordtürkischen Stadt Sinop an der Schwarzmeerküste - direkt gegenüber von Russland. Für das geplante Werk verhandelte die Türkei bisher mit den USA, Japan, Südkorea und Russland. Die Regierung in Ankara hat auch vor, ein drittes Werk zu bauen: in Igneada (Provinz Kırklareli), wenige Kilometer entfernt von der Grenze zur Europäischen Union. Dafür ist man mit China im Gespräch.

Nun scheinen die Pläne für das zweite Werk in Sinop sich zu konkretisieren: Auch dieses wird voraussichtlich in russischem Besitz sein. „Präsident Erdogan drückte ganz deutlich aus, dass die Türkei die politische Entscheidung getroffen hat, für den Bau des neuen Kernkraftwerkes uns zu beauftragen“, sagte Alexei Lichatschew, Generaldirektor von Rosatom, letzte Woche in der Staatsduma, dem russischen Parlament.

Die türkische Seite reagierte bisher auf diese Aussagen nicht. Bei seinem Treffen mit Putin in Sotschi lobte Erdogan im September 2023 das Projekt in Akkuyu und signalisierte den Wunsch einer weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit mit folgenden Worten: „Ich glaube, wir werden auch bezüglich des Kraftwerks in Sinop einen Schritt nehmen können.“

Russischer Einfluss an beiden Meeren

Beobachtern zufolge wird ein solcher Schritt die Energieabhängigkeit der Türkei von Russland vertiefen und die schon schwierigen Beziehungen mit dem Westen weiter belasten.

Der emeritierte türkische Diplomat Mithat Rende ist der Meinung, dass Russland mit den Investitionen in die türkische Energieversorgung vor allem die Solidarität innerhalb der NATO untergraben möchte. Das Timing der Ankündigung Lichatschews soll ausgeklügelt kalkuliert sein, um die türkisch-amerikanischen Beziehungen zu schädigen, die eigentlich momentan wieder besser zu werden schienen.

Der Energieexperte Ali Arif Aktürk betont ebenfalls die strategische Bedeutung des Werks für Russland. „Das Ziel der Russen ist, nicht nur in Kernenergie zu investieren, sondern darin, in einem NATO-Land zu investieren“, so Aktürk.

Maßgeblich ist die jeweilige Lage der beiden Werke: Akkuyu entstand an der Mittelmeerküste, das Sinop-Werk soll am nördlichsten Punkt des Landes an der Schwarzmeerküste gebaut werden. Experten weisen auf die Risiken hin, dass an zwei strategisch wichtigen Meeren neue Kernkraftwerke unter russischer Kontrolle entstehen. Aktürk fürchtet, dass Russland künftig mit ihren gesetzlichen Privilegien sogar verhindern könnte, dass Kampfschiffe an diesen Hafenstädten anlegen.

Die Abhängigkeit steigt

Während westliche Länder momentan noch daran arbeiten, ihre Abhängigkeiten von der russischen Energie zu minimieren und ihre Energiesicherheit zu diversifizieren, setzt die Türkei weiterhin vor allem auf Russland. Eines der Versprechen bei Akkuyu ist, dass die Türkei dank des Werkes energiepolitisch unabhängiger werden würde. Genau vom Gegenteil könne man aber reden, so Experten.

Seit dem Anfang des Ukraine-Krieges wurde die Türkei zu einem der wichtigsten Importeure russischer Energie. Aus diesem Grund darf die Türkei seit dem Anfang des Krieges bei russischen Produkten Rabatte bis zu 30 Prozent genießen. Laut einer Analyse der Nachrichtenagentur Reuters haben die türkischen Behörden und Unternehmen die Importe des russischen Erdöls erhöht und damit 2023 etwa zwei Milliarden US-Dollar gespart.

Die Türkei bezieht momentan etwa 40 Prozent des importierten Erdgases aus Russland. Den Daten der Vereinigung der türkischen Ingenieur- und Architektenkammern (TMMOB) zufolge ist Russland der wichtigste Importpartner der Türkei, was Erdgas angeht. Etwa ein Viertel der gesamten Energie kommt aus Russland.

Den aktuellen Daten der Regulierungsbehörde des Energiemarktes (EPDK) zufolge stieg die Abhängigkeit der Türkei von Russland bezüglich Rohöl und Erdöl-

produkten inzwischen auf 68 Prozent. Dieser Anteil lag Ende 2022 noch bei etwa 41 Prozent.

DHA Experten bestreiten das Argument der türkischen Regierung, dass das Kernkraftwerk Akkuyu die Türkei energiepolitisch unabhängiger machen wird.

Negatives Beispiel: Deutschland

Diplomat Rende betont, dass das zweite von Russland gebaute Kraftwerk die Abhängigkeiten der Türkei verstärken würde. „Was wir eigentlich brauchen, ist ein nachhaltiger Energiekorb. Egal um welches Land es geht, ist es meiner Meinung nach keine kluge Politik, sich langfristig von einem einzigen Land so abhängig zu machen“, so Rende. Er nennt das Beispiel Deutschland: „Die deutsche Industrie geriet in große Schwierigkeiten, nachdem der Ukraine-Krieg ausbrach.“

Der Energieexperte Necdet Pamir bestätigt dies. „Bei Akkuyu ist die Türkei zu 100 Prozent abhängig von Russland. Das ist äußerst riskant. Unabhängig davon, von welchem Land man sich so abhängig macht, ist dies sowohl für die Energiesicherheit und die wirtschaftliche Sicherheit als auch für die Außenpolitik ein gigantisches Problem“, so Pamir.

Die Türkei schlage bezüglich der Energieversorgung den falschen Weg ein, so Pamir: „Man müsste eigentlich erneuerbare Energien fördern und die Energieeffizienz erhöhen. Stattdessen reden sie aber vom Bau weiterer Kernkraftwerke. Das ist falsch - schlicht und ergreifend falsch.“

Abhängigkeit von Exporten statt Technologietransfer

Wie viele anderen Beobachter betont Rende, dass die Türkei dabei Schwierigkeiten hat, für ihre Kernkraftwerke Finanzierungsquellen zu finden. Rende meint, so gut wie kein Land auf der Welt würde unter heutigen Umständen in den Bau eines Kernkraftwerkes im Ausland investieren.

Auch findet vermutlich kein Technologietransfer von Russland zur Türkei statt: Das Uranium sowie alle notwendigen Materialien und Geräte werden aus Russland importiert. Nicht nur die Verarbeitungsfähigkeit fehlt der Türkei, sondern auch die Bodenschätze: Uraniumreserven gibt es in der Türkei so gut wie keine. Dieses Problem würde auch beim zweiten Kernkraftwerk in Sinop entstehen, betont Aktürk.

Es gibt viele unbeantwortete kritische Fragen, so Aktürk - einige betreffen den russischen Einfluss auf die Projekte, andere betreffen die Kernkraft als Energiequelle grundsätzlich: „Wird ein Technologietransfer

stattfinden? Wo wird das Uran gelagert und wie viel? Wird es eine Strafe dafür geben, falls das Uran nicht rechtzeitig geliefert wird? Wie geht man mit der Entsorgung des Atommülls um?“ Und Aktürk fügt noch eine Frage hinzu, die etwas rhetorisch wirkt:

„Können die Leute und Länder, die für das Projekt zuständig sein werden, überhaupt eine Kultur des Vertrauens bilden?“

Zusätzlich zum Kernkraftwerkbau möchte Putin die Türkei zu einem sogenannten „Gas-Hub“ machen - sprich das russische Gas über die Türkei nach Europa exportieren. Erdogan findet die Idee gut. Nach den anstehenden Präsidentschaftswahlen in Russland und den Kommunalwahlen in der Türkei, im Frühling, wird Putin die Türkei besuchen. Die Vertiefung der Energiezusammenarbeit wird dabei voraussichtlich ein Thema sein.

Anwohner für staatliche Verantwortung

Was wissen und denken die Menschen im Umkreis der Zwischenlager radioaktiver Abfälle, wie es in Philippsburg eines gibt, über ihre besonderen Nachbarn? Dazu hat die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung eine Umfrage in Auftrag gegeben. Laut den Ergebnissen spiegelt die badische Gemeinde ein bundesweites Meinungsbild wider.

PHILIPPSBURG. Rund 70 Prozent der deutschlandweit insgesamt 3500 Befragten halten es für richtig, dass der Staat die Verantwortung für die Entsorgung radioaktiver Abfälle in Deutschland übernommen hat. Das geht aus einer Pressemitteilung hervor, in der die BGZ die Resultate der in ihrem Auftrag durchgeführten Umfrage zusammenfasst. Das Bild für Philippsburg sei deckungsgleich: Von den 200 Befragten rund um das dortige Zwischenlager hätten 67 Prozent die staatliche Verantwortung befürwortet.

Auch bei anderen Aspekten des Themas unterstreichen die Verantwortlichen die Übereinstimmung zwischen der Meinungslage im Badischen und an den weiteren Zwischenlager-Standorten: So gaben knapp 58 Prozent der Befragten aus der Region an, das Philippsburger Brennelemente-Zwischenlager zu kennen, 57 Prozent das Abfall-Zwischenlager. 49 Prozent halten es den Angaben zufolge für notwendig, während 33 Prozent in dieser Frage unentschlossen seien.

Auf die Umfrage-Ergebnisse aller Standorte bezogen, sagten demnach zwei Drittel der Befragten, ihnen seien die Zwischenlager in ihrer Region bekannt. Rund die Hälfte halte sie für notwendig, und rund ein Drittel sei in dieser Frage unentschlossen.

Geht es um die Frage möglicher Gefahren, halten laut BGZ knapp 27 Prozent der Befragten das Zwischenlager Philippsburg für ein „ziemlich hohes Risiko“. Dagegen sähen knapp 49 Prozent in der Aufbewahrung radioaktiver Abfälle am Standort nur ein „geringes Risiko“. Auch das entspricht aus Sicht des Unternehmens dem bundesweiten Ergebnis: So erkenne rund ein Drittel der 3500 Befragten in Zwischenlagern ein „ziemlich hohes Risiko“, während für knapp die Hälfte die Aufbewahrung der radioaktiven Abfälle ein „ge-

ringes Risiko“ darstelle. Die BGZ bewertet dies nach eigenen Angaben als Anzeichen für Akzeptanz gegenüber der Zwischenlagerung in der Region. Die Befragten verbänden nicht nur ein geringes Risiko damit, sondern gäben zugleich an, gut über die Aufbewahrung der Abfälle informiert zu sein.

Wie die Gesellschaft weiter mitteilt, wünschen sich laut Umfrage 54 Prozent der Philippsburger Teilnehmer mehr Informationen über die Zwischenlagerung, deutschlandweit seien es 50 Prozent. Dabei komme den klassischen Medien große Bedeutung zu: 80,6 Prozent der Interviewten in der Region möchten per Zeitung, Radio oder Fernsehen über Themen der Zwischenlagerung informiert werden – bundesweit 88,5 Prozent.

Im Auftrag des Unternehmens befragte das unabhängige Weimarer Meinungsforschungsinstitut „aproxima“ 3500 Personen in einem Umkreis von jeweils 25 Kilometern um die insgesamt 16 BGZ-Zwischenlagerstandorte online und per Telefoninterview. Laut BGZ können die von den Meinungsforschern erhobenen, analysierten und ausgewerteten Daten als repräsentativ gelten.

„Die Ergebnisse der Umfrage werden wir in unsere Arbeit aufnehmen, Handlungsbedarf identifizieren und Maßnahmen insbesondere in Bezug auf die verlängerte Zwischenlagerung ableiten“, sagt die Vorsitzende der BGZ-Geschäftsführung, Bettina Hesse. Daher werde die BGZ in den kommenden Jahren auch weitere Umfragen durchführen lassen. Darüber hinaus kündigt Hesse für das weitere Jahr ein neues Konzept zur Bürgerbeteiligung an. Dafür böten die Ergebnisse dieser Umfrage eine gute erste Orientierung.

Die Probleme kommen noch

In Gorleben hat der Abriss des Endlager-Bergwerks begonnen

Gorleben – Der unterirdische Salzstock im niedersächsischen Gorleben wurde über Jahrzehnte als einziger Standort auf seine Eignung als Endlager für hochradioaktive Abfälle geprüft. Unter dem Deckmantel der Erkundung entstand dort über Dekaden ein fast fertiges Endlager – wie führende Behördenvertreter wie der Chef des Atommüllbundesamtes BASE, Wolfram König, einräumten.

Die Silhouette des Bergwerks hat sich in den vergangenen Wochen verändert. Die Verladeanlage ist verschwunden. Sie wurde mitsamt dem brückenähnlichen Übergang zum Turm abgebrochen. Der Grund: Gorleben schied aus dem Suchverfahren für ein Endlager aus wegen der geologischen Gründe, die Atomkraftgegner immer wieder vorgebracht.

Nun reißt die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), Betreiberin des Gorlebener Bergwerks, die oberirdischen Anlagen deshalb Stück für Stück ab, baut die Infrastruktur unter Tage ab und will anschließend die Grube mit Salz zuschütten.

In dem Vergabeverfahren für die Verfüllung des Bergwerks hat sich eine Bietergemeinschaft aus dem Ruhrgebiet durchgesetzt. An ihr sind die Firmen Redpath Deilmann aus Dortmund und Thyssen Schachtbau aus Mülheim an der Ruhr beteiligt. Die Aufgabe an die Auftragnehmer ist klar: Sie sollen das auf der nahe gelegenen Halde lagernde Salz wieder unter die Erde bringen – kein leichtes Unterfangen. Denn die Hohlräume des Bergwerkes wurden überwiegend durch Sprengungen geschaffen. Das so zerkleinerte Steinsalz brachten Bergleute an die Oberfläche und lagerten es auf der Halde ab. Im Lauf der Zeit hat sich das Material jedoch verdichtet. Durch die Witterung ist es wieder steinhart geworden. Es lässt sich nur noch mit Fräsen lösen und transportfähig machen.

Die Arbeiten könnten beginnen, sobald die bergrechtlichen Genehmigungen vorliegen, sagt BGE-Sprecherin Monika Hotopp. Die ersten 100 000 der rund 400 000 Tonnen Steinsalz könnten noch in diesem Jahr unter Tage gebracht werden.

Die markante Salzhalde werde verschwinden und das Erkundungsbergwerk verfüllt, erläutert der technische Geschäftsführer der BGE, Thomas Lautsch. Nachdem Gruben und Stollen verfüllt wurden, sollen die beiden ins Erdreich getriebenen Schächte über einen weiteren noch auszuschreibenden Bauauftrag zugeschüttet werden.

Vorbereitend muss Material aus dem Bergwerk geborgen und abtransportiert werden. „Es befinden sich noch rund 1100 Tonnen Anlagen, Systeme und Komponenten unter Tage“, sagt Torsten Rabe, der BGE-Standort- und Projektleiter Gorleben.

Dabei handle es sich etwa um die Lüfteranlage, Tankanlagen, Stahleinbauten und den Deckenkran der Werkstatt: „Was über Tage nicht mehr veräußert werden kann, wird von Verwertungsbetrieben entsorgt.“ In drei Jahren soll das gesamte Rückbauprojekt Gorleben beendet sein, schätzt die BGE.

Für Wolfgang Ehmke, Sprecher und Frontmann der Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, ist es „eine wirklich gute Nachricht“, dass das Bergwerk zugeschüttet werden soll. Die AKW-Gegner hatten dies immer wieder verlangt, seit der Gorlebener Salzstock 2020 aus dem neu aufgerollten Suchverfahren für ein Atommüllendlager flog. Nur so lasse sich verhindern, dass noch einmal auf den Salzstock zurückgegriffen werde, falls die Suche stocke.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) und andere Unionspolitiker fordern ohnehin, dass Gorleben zu Ende untersucht und dann auch als Atommüllkippe genutzt werden soll.

Ehmke verlangt, dass beim Rückbau auch Naturschutzbelange beachtet werden: „Wir haben vorsorglich der BGE einen entsprechenden Katalog schützenswerter Flora und Fauna zukommen lassen.“ Gewünscht sei auch der dauerhafte Erhalt eines Mauerrests, der beim Abriss der Überwachungsanlagen stehen blieb. „Dieser Mauerrest mit den Graffiti, die von der bewegten Geschichte des Gorleben-Widerstandes

zeugen, muss ein Denkmal für die industriepolitische Fehlentwicklung des letzten Jahrhunderts werden.“

Schließlich bleibe nach der Abschaltung der Atomkraftwerke der Müll. Die Suche nach einem Endlager werde sich Jahrzehnte hinziehen, denn für die Zwischenlagerung der hoch radioaktiven Abfälle müsse

inzwischen mit 100 Jahren gerechnet werden: „Drei Generationen haben von Atomstrom profitiert, 30000 Generationen dürfen sich mit den Folgen herumschlagen“, so Ehmke. Ihre Sonntagsspaziergänge an den Gorlebener Atomanlagen und am Bergwerk wollen die Atomkraftgegner aus dem Wendland bis zum Ende des Rückbaus fortsetzen.

📰 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 09.03.2024 | S. 5

📄 Auflage: 187.343 | Reichweite: 891.184

👤 Stephan Löwenstein

IAEA-Resolution gegen Moskau

Rückgabe von Kernkraftwerk an Ukraine gefordert

lÖw.WIEN. Das Entscheidungsgremium der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) hat Russland abermals aufgefordert, das besetzte Kernkraftwerk Saporischschja in die Verantwortung der zuständigen ukrainischen Behörden zurückzugeben und alle Truppen vom Gelände abzuziehen.

Der Beschluss wurde im Gouverneursrat der in Wien ansässigen UN-nahen Agentur am späten Donnerstagabend gefasst. Es war bereits der vierte dieser Art seit der Besetzung des größten Kernkraftwerks Europas durch die russischen Invasionstruppen vor rund zwei Jahren. Die übrigen drei Resolutionen sind im Laufe des Jahres 2022 gefasst worden. Die russische UN-Botschaft in Wien teilte mit, dass der von der Ukraine vorgelegte Beschluss mit 20 Jastimmen gegen zwei Neinstimmen (die von Russland und China) gefasst worden sei. Im Vergleich zu den früheren Beschlüssen zu dem Thema mit 26 Jastimmen sei die Zustimmung diesmal geringer, die Zahl der Enthaltungen sei von sechs auf zwölf gestiegen.

IAEA-Generaldirektor Rafael Grossi hatte sich zuvor sehr besorgt über die Sicherheit der Nuklearanlage geäußert.

Nach wie vor seien zahlreiche der Bedingungen für einen sicheren Betrieb nicht gewährleistet, sagte Grossi. Fünf der sechs Reaktoren in Saporischschja sind vollständig heruntergefahren, einer ist „warm“ heruntergefahren, um die notwendige Energie für den Ruhebetrieb herzustellen.

Aber für die nukleare Sicherheit – beispielsweise die Kühlung der Brennstäbe – ist es laut IAEA weiter unabdingbar, dass ausgeruhtes Fachpersonal die Anlage bedient und eine sichere externe Stromversorgung gewährleistet ist. Zuletzt hatte Grossi Anfang März darauf hingewiesen, dass zehn Tage lang nur eine einzige Stromversorgungsleitung funktionsfähig war. Man arbeite zwar an der Wiederherstellung einer Reserveleitung, aber auch das sei viel zu wenig. Vor Beginn des Konflikts habe es insgesamt zehn externe Versorgungsleitungen gegeben.

Diese Woche war Grossi nach Russland gereist, um in Sotschi mit Präsident Wladimir Putin sowie dem Chef des Staatskonzerns Rosatom, Alexej Likatschew, über die Lage in Saporischschja zu sprechen. Über den Inhalt der Gespräche gab es keine Auskunft.

Fukushima jährt sich

Anti-Atom-Organisation warnt vor den Risiken der Nukleartechnik

An diesem Montag jährt sich der Fukushima-Super-GAU zum 13. Mal. Atomgegner:innen warnen aus diesem Anlass davor, die Risiken der Nukleartechnik zu unterschätzen, die sich durch den Weiterbetrieb der alternden AKW-Flotte und Neubaupläne für Reaktoren in Europa ergäben. Die Anti-Atom-Organisation „Ausgestrahlt“ teilte mit: „Wer weiter auf Atomkraft setzt, provoziert den nächsten Super-GAU. Anders als in Fukushima würde die radioaktive Wolke in Europa allerdings nicht über dem Pazifik abregnen, sondern über dicht besiedeltem Gebiet.“ Gefährliche Risse, fehlerhafte Bauteile, Unwetter, Kurzschlüsse oder Erdstöße könnten auch in europäischen AKW jederzeit einen schweren Unfall auslösen, sagte der Experte der NGO, Armin Simon, „von der Gefahr möglicher Angriffe und Anschläge auf Atomanlagen ganz zu schweigen“.

Die Atomgegner sehen sich durch das Erdbeben bestätigt, das an Neujahr 2024 die japanischen Halbinsel Noto heimsuchte. Die Erdstöße verursachten dort Schäden an der Hauptstromversorgung des AKW Shika, das zum Glück aber nicht am Netz war. Auslaufendes Öl kappte mehrere Verbindungen zur externen Stromversorgung. Ein drei Meter hoher Tsunami hatte die Anlage getroffen, die nur 70 Kilometer Luftlinie entfernt vom Epizentrum des Bebens steht. Der Betreiber des Reaktors versucht seit Jahren, diesen wieder in Betrieb zu nehmen, was durch Widerstände vor Ort allerdings verhindert wurde. Gutachten hatten die Erdbebengefährdung verneint, inzwischen hat die japanische Atomaufsicht neue Untersuchungen angeordnet.

Auf dem Gelände des AKW Fukushima ist ein Ende der Arbeiten an den vier zerstörten Reaktoren nicht in Sicht. Dort sind noch immer jeden Monat Tausende Fachkräfte und Arbeiter:innen tätig, um den Rückbau der Anlagen vorzubereiten, in denen am 11. März 2011 Kernschmelzen und Explosionen stattfanden, was zur Evakuierung von mehr als 146 000 Menschen aus der

Region führte. Es wird erwartet, dass die Arbeiten insgesamt 30 bis 40 Jahre in Anspruch nehmen werden.

Japans Regierung hat die Kosten des Super-GAUs, der Evakuierung und des Rückbaus der Anlagen auf umgerechnet rund 190 Milliarden US-Dollar beziffert. Andere Schätzungen liegen weit höher, etwa die des „Japan Center for Economic Research“ (500 bis 600 Milliarden).

Im vergangenen Jahr stand vor allem der Umgang mit den großen Mengen radioaktiv verseuchten Wassers im Fokus der Öffentlichkeit, das bisher auf dem Anlagengelände in großen Containern gelagert wurde. Seit Mitte 2023 ist es dem Betreiber erlaubt, das mit Tritium belastete Wasser ins Meer zu leiten, das derzeit weiterhin in einer Menge von rund 100 000 Litern täglich anfällt, weil die Reaktoren gekühlt werden müssen. Das löste zwar den Protest unter anderem der Fischer in der Region und auch von Nachbarländern wie China aus, allerdings ohne Erfolg. Viele Fachleute halten die Gefahren durch das kontaminierte Wasser, das im Ozean stark verdünnt wird, allerdings für relativ gering.

Die Regierung in Tokio strebt an, den Atomstrom-Anteil an der Elektrizitätsproduktion im Land bis 2030 wieder auf 20 bis 22 Prozent hochzufahren. Kurz nach dem Super-GAU waren alle 54 Reaktoren in den 17 AKW des Landes abgeschaltet worden, um die Sicherheit zu überprüfen. Inzwischen (Stand Januar) sind zwölf Reaktorblöcke wieder am Netz, darunter der mit 48 Jahren Betriebszeit älteste noch operierende Block Nummer 1 im AKW Takahama in der Präfektur Fukui. Um die 20 bis 22 Prozent zu erreichen, müssten laut Fachleuten fast 30 Reaktoren wieder in Betrieb genommen werden, was jedoch angesichts der langwierigen Genehmigungsverfahren und des lokalen Widerstands dagegen unrealistisch sei, wie die Zeitung „Nikkei Asia“ schrieb. Vor 2011 hatte der Atom-Anteil rund 30 Prozent betragen.